



An den Grossen Rat

09.5187.03

11.5170.02  
11.5171.02  
11.5172.02

WSU/P095187 / P115170 / P115171 / P115172

Basel, 20. November 2013

Regierungsratsbeschluss vom 19. November 2013

**Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend „Umstellung der Energieproduktion und des Energieverbrauchs im Kanton auf erneuerbare Energie und Realisierung der 2000 Watt-Gesellschaft“**

**Anzug Patricia von Falkenstein und Konsorten betreffend „Durchführung einer Informationskampagne über Energiesparen“**

**Anzug Christine Wirz-von Planta und Konsorten betreffend „Masterplan Energiesparen für den Kanton Basel-Stadt“**

**Anzug André Auderset und Konsorten betreffend „Masterplan Energieversorgung für den Kanton Basel-Stadt“**

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 11. Januar 2011 vom Schreiben 09.5187.02 des Regierungsrates Kenntnis genommen und dem Antrag des Regierungsrates folgend den nachstehenden Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten stehen lassen und dem Regierungsrat zum erneuten Bericht überwiesen:

„Wer die Luftreinhaltung, die CO<sub>2</sub>-Problematik und die wirtschaftlich wie gesellschaftlich folgenreiche Verknappung der fossilen nicht-erneuerbaren Energien ernst nimmt, muss in der kantonalen Umwelt-, Energie- und Wirtschaftspolitik alles daran setzen, mittel- bis langfristig von fossilen nicht erneuerbaren Energieträgern wegzukommen und die Ziele der 2000 Watt Gesellschaft zu realisieren bzw. sich diesen möglichst anzunähern. Die Stadt Zürich zum Beispiel hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2050 den Energieverbrauch von 6000 auf 2000 Watt pro Kopf zu senken und von diesen 2000 Watt 2/3 erneuerbar zu produzieren. Dies ist auch für Basel sinnvoll, wird aber nur mit griffigen und koordinierten Massnahmen gelingen.

Der Politikplan der Regierung sowie ihr Ratschlag zum Energiegesetz vom 17.8.2008 sehen zwar die Vision der 2000 Watt Gesellschaft vor und kündigen eine entsprechende „Absenkstrategie“ und „messbare Etappenziele“ an. Zugleich ist die Regierung aber der Meinung, dass der vorhandene Handlungsspielraum heute schon ausgeschöpft sei (Bericht betreffend Politikplan 2009-2012, Seite 7). Ein entsprechender Planungsantrag aus dem Jahr 2006 (Egeler und Konsorten) wurde mit Verweis auf Änderungen im Energiegesetz, Bau- und Planungsgesetz sowie IWB-Gesetz als erledigt betrachtet.

Die Unterzeichnenden sind der Meinung, dass weiterer Handlungsspielraum zu erschliessen und ein entschlossenes Handeln notwendig ist. Was fehlt ist eine konkrete und verbindliche Gesamtplanung von Regulierungen und Massnahmen, welche die Realisierung der 2000 Watt Gesell-

schaft und der damit verbundenen Umstellung von mindestens zwei Dritteln der Energieproduktion und des Energieverbrauchs im Kanton auf erneuerbare Energie effektiv ermöglicht. Die Regierung soll sich festlegen, wie sie bis wann welche quantitativ messbaren Zwischenziele der Verbrauchsreduktion sowie der Produktionssteigerung bei den erneuerbaren Energien erreicht und was sie tun wird, wenn die Zwischenziele nicht erreicht werden. In diese Gesamtplanung sind die IWB als staatlicher Produzent und Vertreiber von 70% der in Basel genutzten Energie einzubinden.

Die Unterzeichnenden bitten also den Regierungsrat zu prüfen und darüber zu berichten:

- ob er die 2000 Watt Gesellschaft nicht nur als Vision sondern als konkretes zu realisierendes Ziel verfolgt;
- wie er eine Absenkung des Energieverbrauchs auf 2000 Watt und eine Umstellung von zwei Dritteln der Energieproduktion und des Energieverbrauchs im Kanton auf erneuerbare Energie bis ins Jahr 2050 realistisch und effektiv erreichen kann. Eine solche Darstellung umfasst alle Regulierungen und Massnahmen mit ihren quantitativen Auswirkungen auf den Energieverbrauch und die Energieproduktion (Gesamtplanung);
- welche Zwischenziele bezüglich Termine wie auch Umfang und Art des Energieverbrauchs er sich setzt, damit oben genannte Zielsetzung erreicht wird, und was er tun wird, wenn die Zwischenziele nicht erreicht werden;
- welchen Beitrag die IWB zur Zielerreichung leisten kann;
- wie er den Grossen Rat über die Gesamtplanung und die Zielerreichung periodisch informiert.

David Wüest-Rudin, Martina Bernasconi, Christoph Wydler, Loretta Müller, Beat Jans, Dieter Werthemann, Urs Müller-Walz, Bülent Pekerman, Helen Schai-Zigerlig, Jürg Stöcklin, Michael Wüthrich, Brigitte Heilbronner, Christian Egeler“

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 26. Oktober 2011 den nachstehenden Anzug Patricia von Falkenstein und Konsorten dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

„Die Energiepolitik der nahen und weiteren Zukunft verlangt einen anderen Umgang im Energie-Konsum. Es wird dringend notwendig werden, den Energie-Verbrauch einzuschränken. Wenn alle Konsumentinnen und Konsumenten von Energie in ihrem Wirkungsbereich zuhause und bei der Arbeit sensibilisiert sind auf das Reduzieren des Energie-Verbrauchs, lässt sich der Gesamt-Verbrauch deutlich senken. Oft wird Energie verschwendet aus Unachtsamkeit oder weil einem zu wenig bewusst ist, dass schonender Umgang gefordert ist. Auch gibt es Unterschiede innerhalb unserer Wohnbevölkerung hinsichtlich des Bewusstseins, Energie sparsam einzusetzen. Es gilt, den enorm grossen Multiplikator zu nutzen, welcher der Zahl der Energie-Nutzer entspricht. Die Eigenverantwortung soll mit geeigneten Kommunikationsmitteln gefördert werden.

Diese Zielsetzung, die Reduktion des Energie-Verbrauchs im eigenen Bereich, lässt sich mit Sensibilisierung auf das Thema und Information erreichen. Die Einzel-Aktion, welche der damalige Bundesrat Ogi mit dem richtigen Kochen von Eiern lanciert hat, mag als Beispiel dienen. Heute braucht es aber eine breite Information, welche möglichst alle Bereiche, in denen Energie eingespart werden kann, zum Inhalt hat. Das Bewusstsein des einzelnen Menschen, dass er selbst mit seinem Verhalten zur Erreichung eines wichtigen Zieles Wesentliches beitragen kann, muss gestärkt werden. Es gibt zwar viele Anleitungen von Bund, diversen Kantonen und Organisationen, diese sind aber teilweise zu ausführlich, zu kompliziert und nicht einfach zu finden. Massgeschneiderte und für jeden verständliche Informations-Kampagnen gibt es aber nicht. Wenn immer möglich, sollen alle Aktivitäten zusammen mit anderen Gemeinwesen und dem Bund ausgearbeitet und lanciert werden.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichneten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob:

- Eine Sensibilisierungs- und Informationskampagne über Energiesparen im umfassenden Sinn lanciert werden kann;
- Breit angelegte Aktionen zur Steigerung des Bewusstseins, zurückhaltend Energie zu gebrauchen, in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinwesen geplant und umgesetzt werden können,

- Vertretungen der verschiedenen Zielpublika (Haushaltungen, Dienstleistung, Gewerbe, Freizeit etc.) für die Ausarbeitung der Kampagne miteinbezogen werden können.

Patricia von Falkenstein, André Auderset, Thomas Strahm, Heiner Vischer, Christine Wirz-von Planta, Thomas Mury, Andreas Albrecht“

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 26. Oktober 2011 den nachstehenden Anzug Christine Wirz-von Planta und Konsorten dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

„Die starken Veränderungen in der Energiepolitik, die zu erwarten sind, werden auch Auswirkungen auf den Kanton Basel-Stadt haben. Einerseits wird die Politik gefordert sein, für die Einwohnerinnen und Einwohner, die Wirtschaft und das Gewerbe eine ausreichende Energieversorgung zu konkurrenzfähigen Preisen sicher zu stellen. Andererseits müssen aber auch Massnahmen getroffen werden, um den Energiekonsum zu reduzieren ohne die Lebensqualität und die Wirtschaftskraft zu reduzieren.

Es ist wissenschaftlich und empirisch erwiesen, dass durch Verhaltensänderungen der Energiekonsum deutlich herabgesetzt werden kann. Dies wird auch im Kanton Basel-Stadt nötig sein, wenn der Energieverbrauch gesenkt werden soll.

Es gibt sehr viele Möglichkeiten, den Energieverbrauch zu senken. Dies gilt für die Haushaltungen, das Gewerbe, die Industrie und den Dienstleistungsbereich. Nicht existierend ist bis jetzt eine Gesamtübersicht aller möglicher Massnahmen, den Energieverbrauch in allen Bereichen zu reduzieren. Technische Möglichkeiten und individuelle Verhaltensweisen erscheinen sehr heterogen, ein Konzept z.B. für Energiesparen in Haushaltungen fehlt. Ebenso eines für Klein- und Mittelbetriebe etc. Dabei ist das Prinzip der Einsicht und Freiwilligkeit der Anzusprechenden zu befolgen; Vorschriften sollen nur als ultima ratio-Massnahme erlassen werden.

Wenn aber der Verbrauch deutlich reduziert werden soll, muss koordiniert werden, es braucht einen Gesamtplan zur Senkung des Energieverbrauchs im Kanton Basel-Stadt.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichneten, den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob,

- Im Legislaturplan ein neuer Schwerpunkt "Masterplan Energiesparen" aufgenommen werden kann,
- Unter der Leitung des Vorstehers des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt ein Masterplan Energiesparen Basel-Stadt erarbeitet werden kann,
- Alle bekannten und beschriebenen Massnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs getrennt nach Haushaltungen, Gewerbe wie übriger Wirtschaft gesammelt, zusammengefasst und zielgruppengerecht kommuniziert werden können,
- Für diese Arbeiten Hochschulen zur Unterstützung beigezogen werden sollen (ETH, Universitäten, Fachhochschulen),
- Ein Zeitplan mit jährlichen Zielen der Reduktion erstellt werden kann.

Christine Wirz-von Planta, André Auderset, Thomas Mury, Thomas Strahm, Heiner Vischer, Patricia von Falkenstein, Andreas Albrecht“

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 26. Oktober 2011 den nachstehenden Anzug André Auderset und Konsorten dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

„Als bedeutendes Wirtschaftszentrum, als Wohnort für knapp 200'000 Menschen hat unser Kanton einen hohen Bedarf an Energie. Der Energie-Verbrauch erhöht sich von Jahr zu Jahr, wenn auch weniger stark als in anderen Gemeinwesen. Wenn die Wohn- und Lebensqualität auf bisherigem Niveau erhalten bleiben soll und die Wirtschaft auch in Zukunft über eine genügende Energie-Versorgung zu konkurrenzfähigen Preisen verfügen können soll, ist Handlungsbedarf gegeben. Es gilt sowohl die schweizerische Energiepolitik zu analysieren und entsprechende Schlüsse daraus zu ziehen, als auch verfassungs- und gesetzeskonforme Bezüge zu sichern. Neue Quellen müssen erschlossen werden können.

Die Industriellen Werke (IWB) sind aus der Verwaltung ausgegliedert und verfolgen Interessen, die identisch mit denjenigen des Kantons sein können, aber nicht sein müssen. Der Kanton hält

Anteile diverser Wasserkraftwerke, in deren Verwaltungsräte Regierungsräte vertreten sind. Auch stellt der Kanton Vertretungen in Leitungsgremien diverser Institutionen, die sich mit Energie-Erzeugung oder Verteilung befassen. Eine Gesamt-Strategie z.B. aller Wasserkraftwerke ist heute noch nicht vorhanden, wäre aber zwingend rasch zu definieren. Gleiches gilt für andere Energieträger.

Zurzeit ist nicht erkennbar, wer in unserem Kanton die Führung zur Erfüllung dieser Aufgaben hat. Da es in naher Zukunft gilt, alle Einrichtungen zur Erzeugung erneuerbarer Energie auf mögliches Produktions-Steigerungspotenzial zu überprüfen und den Mix der verschiedenen Energieträger zu optimieren, ist eine Gesamt-Planung notwendig. Ziel muss es sein, für einen weiteren Zeitraum die Versorgung der Haushalte und der lokalen Wirtschaft mit ausreichend Energie zu konkurrenzfähigen Preisen sicher zu stellen.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichneten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob,

- Im Legislaturplan ein neuer Schwerpunkt "Masterplan Energieversorgung" aufgenommen werden kann,
- Unter der Leitung des Vorstehers des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt ein Masterplan Energieversorgung Basel-Stadt erarbeitet werden kann,
- Die Verwaltungsratsmitglieder des Kantons Basel-Stadt in den diversen Wasserkraftwerken mit baselstädtischer Beteiligung Anträge zur Überprüfung von Kapazitäts-Erweiterungen stellen können,
- Interessenvertretungen der Wirtschaft und der Wohnbevölkerung in diese Arbeiten einbezogen werden können,
- Die Fachhochschule Nordwestschweiz, die Universität Basel und die ETH Zürich oder weitere Forschungs-Institutionen beigezogen werden können,
- Diese Arbeiten mit anderen Gemeinwesen, z.B. im Absatzgebiet der IWB, koordiniert werden können,
- Zur Besprechung der Resultate oder als Auftakt der Arbeiten eine Sondersitzung des Grossen Rates vom Regierungsrat einberufen werden kann?

André Auderset, Heiner Vischer, Thomas Strahm, Thomas Mury, Christine Wirz-von Planta, Patricia von Falkenstein, Thomas Mall, Andreas Albrecht“

Da alle vier parlamentarischen Vorstösse das Thema Energie im Zentrum haben und die dabei gemachten Anregungen inhaltlich abschliessend auf den gleichen Grundlagen werden beantwortet werden können, berichten wir zu diesen Anzügen in einem gemeinsamen Schreiben wie folgt:

## **1. Ausgangslage**

### **1.1 Kantonale Zielsetzung 2000-Watt-Gesellschaft**

Der Kanton Basel-Stadt übernimmt als Pilotregion der 2000-Watt-Gesellschaft eine wichtige Rolle bei der Gestaltung einer nachhaltigen Energiezukunft. Vor zehn Jahren ist der ETH-Bereich mit «novatlantis» – seiner Plattform für Nachhaltigkeit – an den Kanton getreten mit der Idee, im Rahmen einer Pilotregion Forschungsfragen in der Praxis auszutesten und umgekehrt Fragen aus der Praxis in die Forschung zu tragen. Damit ist ein eigentliches Praxislabor entstanden, dessen Ziel es war, in verschiedenen Bereichen «Leuchttürme» zu realisieren. Sie sollen exemplarisch aufzeigen, was die 2000-Watt-Gesellschaft konkret bedeutet.

Die 2000-Watt-Gesellschaft ist in Basel-Stadt zunehmend zu einer Leitschnur für verschiedene Vorhaben geworden. Sie ist im früheren Politikplan zu einem Schwerpunktthema bestimmt worden und ist auch im aktuellen Legislaturplan 2013 – 2017 verankert. Sie gilt als Leitmotiv für einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen. Der Regierungsrat hat insofern die 2000-Watt-Gesellschaft nie nur als Vision, sondern immer als langfristiges Ziel verstanden.

## 1.2 Energiestrategie 2050 des Bundes

Am 9. September 2013 hat der Bundesrat seine Botschaft zur Energiestrategie 2050 veröffentlicht. Darin sind diverse Massnahmen aufgeführt in den Bereichen Gebäudehülle und Haustechnik, Energieversorgung und Netzausbau, erneuerbare Energien und Energieeffizienz und andere mehr. Deutliche Schwerpunkte sollen auch gesetzt werden bei der Forschung und Entwicklung, bei der Aus- und Weiterbildung sowie bei der Sensibilisierung der Bevölkerung bezüglich Energieeffizienz.

Alle diese Massnahmen sollen bis zum Jahr 2020 umgesetzt werden können. Ab 2020 ist ein Systemwechsel von einem Energiefördersystem auf ein Energielenkungssystem vorgesehen, um den Ausstieg aus der Kernenergie zu ermöglichen. Dazu werden Energieabgaben analog der Lenkungsabgabe im Kanton Basel-Stadt oder eine ökologische Steuerreform geprüft. Sobald eine wirksame Abgabe eingeführt ist, sollen die Förderbeiträge an Energieeffizienzmassnahmen und die erneuerbaren Energien weitestgehend abgebaut werden. Für alle Massnahmen der Energiestrategie 2050 im Gebäudebereich sind die Kantone zuständig.

## 1.3 Überarbeitung der „Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich“ (MuKE) und des „Harmonisierten Fördermodells“ (HFM)

Die heutigen „Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich“ (MuKE) aus dem Jahr 2008 werden im Moment überarbeitet und an die Energiestrategie 2050 des Bundes sowie an die Energetischen Leitsätze der Energiedirektorenkonferenz angepasst. Bereits im Sommer 2014 sollen die neuen Vorschriften vorliegen und von der Energiedirektorenkonferenz bewilligt werden. In der Folge ist es an den einzelnen Kantonen, die kantonalen Energiegesetze anzupassen.

Auch das Harmonisierte Fördermodell (HFM) aus dem Jahr 2009 wird angepasst. Heute fliessen jährlich 300 Mio. Franken in das Gebäudeprogramm sowie in kantonale Förderprogramme im Bereich Neubau, Haustechnik und erneuerbare Energien. Dabei stammen 200 Mio. Franken aus der Teilzweckbindung der CO<sub>2</sub>-Abgabe. In verschiedenen Kantonen wie im Kanton Basel-Stadt werden aus eigenen Mitteln zusätzliche Beiträge an Gesamtsanierungen, an die Beratung und das Coaching der Liegenschaftseigentümer, an die Ausbildung der Fachleute und die Information der Bevölkerung ausgerichtet. Bis im Jahr 2017 ist mit einer Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe und damit der Teilzweckbindung auf 300 Mio. Franken zu rechnen. Damit stehen für die Förderung neu 450 Mio. Franken zur Verfügung. Auf Empfehlung der Eidg. Finanzkontrolle (EFK) soll zudem der Verteilmechanismus der Teilzweckbindung vereinfacht werden, indem die ganze Summe als Globalbeiträge an die Kantone fliessen soll. Dies bedingt jedoch, dass das HFM angepasst und erweitert wird. Auch die Wirkungsanalyse soll in Anbetracht der höheren Fördersummen und der Bedürfnisse der neuen CO<sub>2</sub>-Verordnung angepasst werden.

## 1.4 Massnahmen auf kantonaler Ebene im Kanton Basel-Stadt

Im Rahmen der Pilotregion hat das Amt für Umwelt und Energie eine Studie in Auftrag gegeben, um Aufschluss zu erhalten, wo der Kanton Basel-Stadt bezüglich 2000-Watt-Gesellschaft steht.

Drei Fragen standen im Vordergrund:

- Wie gross ist der heutige Energieverbrauch bezogen auf das Ziel 2000 Watt?
- Wie und vor allem wann können wir die 2000-Watt-Gesellschaft erreichen?
- Wie viel erneuerbare Energie können wir selber auf unserem Kantonsgebiet produzieren?

Die wichtigsten Ergebnisse<sup>1</sup>:

- Wir stehen im gesamtschweizerischen Vergleich gut da: In Basel-Stadt liegt der durchschnittliche Energieleistungsbedarf pro Person bei etwa 4'000 Watt (bei einem gesamtschweizerischen Durchschnitt von 6'500 Watt). Allerdings hängt das auch mit der speziel-

<sup>1</sup> Die Zusammenfassung der Studie ist unter <http://www.aue.bs.ch/umwelt-news/genske-studie.htm> einsehbar.

len Rolle als Stadtkanton und mit gewissen Randbedingungen zusammenhängt (gute ÖV-Erschliessung, keine energieintensive Industrie, gute Fernwärmeversorgung)

- Die 2000-Watt-Gesellschaft können wir noch in diesem Jahrhundert (bis ca. 2075) erreichen, und sie ist erschwinglich bzw. mittelfristig sogar rentabel.
- Allerdings können wir nicht sämtliche Energie selber produzieren. Wir sind also auf Kraftwerke und Energieträger ausserhalb des Kantons angewiesen.

Die 2000-Watt-Gesellschaft bis 2075 zu erreichen, ist dabei aber kein Spaziergang.


- Es braucht grosse Anstrengungen bei den Gebäudesanierungen. Wir müssen die Anreize verstärken, um die Erneuerungsraten zu verdoppeln.
- Der motorisierte Verkehr muss gemäss der Studie in hohem Masse durch Elektrofahrzeuge erfolgen. Dazu muss auch der Markt entsprechende Produkte anbieten.
- Und schliesslich müssen die erneuerbaren Energien massiv ausgebaut werden.

In der nächsten Phase sollen die in der Studie empfohlenen Umsetzungsschritte in einem «Massnahmenplan Energie» zusammengestellt werden. In diesem Plan will der Regierungsrat aufzeigen, welche Massnahmen zur Erreichung der 2000-Watt-Gesellschaft getroffen werden müssen. Zudem sollen Zwischenziele festgelegt werden, die aufzeigen, ob der eingeschlagene Kurs zielführend ist. Dies soll in enger Zusammenarbeit mit den Anstrengungen auf der Ebene der Energiefachstellen und der Energiedirektorenkonferenz sowie des Bundes geschehen. Insbesondere im Bereich der Förderung müssen die kantonalen Massnahmen auf die eidgenössischen Vorgaben abgestimmt werden, denn nur so kann der Kanton Basel-Stadt gebührend von den Beiträgen aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe profitieren. Dieser Plan bildet die Grundlage zur abschliessenden inhaltlichen Beantwortung der vier vorliegenden Anzüge. Sobald er vorliegt, will der Regierungsrat dem Grossen Rat wieder berichten.

## 2. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend „Umstellung der Energieproduktion und des Energieverbrauchs im Kanton auf erneuerbare Energie und Realisierung der 2000 Watt-Gesellschaft“ erneut sowie die Anzüge Patricia von Falkenstein und Konsorten betreffend „Durchführung einer Informationskampagne über Energiesparen“, Christine Wirz-von Planta und Konsorten betreffend „Masterplan Energiesparen für den Kanton Basel-Stadt“ und André Auderset und Konsorten betreffend „Masterplan Energieversorgung für den Kanton Basel-Stadt“ stehen zu lassen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin  
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin